

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Annette Karl

Abg. Walter Nussel

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Manfred Eibl

Abg. Gerd Mannes

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe zur gemeinsamen Beratung **Tagesordnungspunkt 35** und die **Listennummer 2** der **Anlage zur Tagesordnung** auf:

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**

**Freiberufler bei Digitalbonus nicht benachteiligen (Drs. 18/7940)**

und

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Diana Stachowitz, Markus Rinderspacher u. a. (SPD)**

**Digitalbonus weiterentwickeln (Drs. 18/7102)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. – Als ersten Redner rufe ich den Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion auf.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich habe ich das Ganze sehr kurz gefasst, weil ich dachte, wir sind fünf Minuten vor Schluss. Aber jetzt habe ich noch so lange Zeit.

Der Antrag ist im Wirtschaftsausschuss schon diskutiert worden. Worum geht es in dem Antrag? – In den Richtlinien zum Förderprogramm Digitalbonus heißt es: "Im Zeitalter der beschleunigten Digitalisierung benötigen alle Unternehmen eine Digitalisierungsstrategie, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten und Wachstumspotenziale nutzen können." – Darüber freuen wir uns.

Ein paar Sätze weiter wird das Ganze eingeschränkt auf kleine und mittlere Unternehmen, die der gewerblichen Wirtschaft zuzurechnen sind. Die sollen einen Digitalbonus erhalten.

Ohne weiteren sachlichen Grund sind Freiberufler ausgenommen. Unser Antrag konzentriert sich darauf, die Freiberufler mit hineinzunehmen, insbesondere deswegen,

weil die Freiberufler, zum Beispiel die Rechtsanwälte, im Gegensatz zu den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, verpflichtet sind, selbst digital mit den Behörden zu kommunizieren. In Baden-Württemberg und Hessen gibt es ähnliche Programme, wo die Freiberufler drin sind.

Das ist im Wirtschaftsausschuss schon diskutiert worden. Ich bin eigentlich nicht derjenige, der Anträge automatisch hochzieht, weil es ein tolles Thema ist. Was mich jedoch sehr irritiert hat, als ich das Protokoll gelesen habe, war, was im Wirtschaftsausschuss diskutiert wurde. Es sind Formulierungen von CSU-Kollegen drin die mich sehr irritieren. Es ist einmal die Rede davon, dass man bei den freien Berufen mehr Mitnahmeeffekte erwartet als bei der gewerblichen Wirtschaft und – noch viel besser – dass die Privilegierten nicht nochmals Gutscheine bekommen und noch besser bedient werden sollen als die Kleinen, die es sowieso brauchen.

Das frage ich mich: Was hat man da für ein Bild? Also, ich bin kein Freiberufler und habe in der nahen und fernen Verwandtschaft keinen Freiberufler.

(Zuruf)

– Ja, es ist tatsächlich so. Ich war immer Angestellter.

Aber trotzdem frage ich mich: Was muss man für ein Bild haben, dass man so über die Freiberufler redet? Was ist so schlimm daran? Auch wenn die FDPler offenbar in den Köpfen der Leute mit den Freiberuflern verbunden sind, frage ich mich: Was ist für ein Bild dahinter? Es würde mich schon interessieren, wie Sie speziell auf diesen Punkt einzugehen.

Zu dem Antrag der SPD: Dieser enthält zwei Teile. Der eine enthält die Forderung, die Anzahl der Förderanträge von 500 auf 1.000 zu erhöhen. Das werden wir auf jeden Fall befürworten. Auf der anderen Seite steht dort, dass die Stellen entfristet werden sollen. Das tut mir als Haushaltspolitiker etwas weh, aber es sind auch nicht allzu viele

Stellen. Aber bei einem befristeten Projekt unbefristete Stellen zu schaffen, ist immer ein bisschen schwierig. Trotzdem werden wir dem Antrag der SPD auch zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Annette Karl von der SPD-Fraktion.

**Annette Karl (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zuerst kurz zum FDP-Antrag. Den Digitalbonus auch für Freiberufler zu öffnen, ist schlicht und einfach eine Frage der Gerechtigkeit. Wir sind der Meinung, auch Freiberufler sollten diese Anträge stellen dürfen, und nicht jeder Freiberufler ist ein Großverdiener. Wir stimmen dem Antrag auch dieses Mal zu.

Zu unserem eigenen Antrag: Nach einer Auskunft der Staatsregierung an mich ist die Grenze von 500 Anträgen, die pro Monat gestellt werden dürfen – das hat etwas mit dem Ziel zu tun, dass das Geld nicht zu schnell ausgeht –, regelmäßig sehr schnell erreicht. Wir reden da von ein bis zwei Tagen, und dann ist der Monat danach noch sehr lang. Das zeigt die extrem hohe Nachfrage nach dem Digitalbonus.

In dieser Antwort der Staatsregierung stand auch, dass es eine sehr hohe Personalfluktuation bei den Bearbeitern des Digitalbonus gibt. Das hat damit zu tun, dass diese Leute manchmal nur für ein halbes oder ein Jahr befristet eingestellt werden. Sie müssen sich jedes Mal wieder einarbeiten. Das führt dann dazu, dass zum einen viel zu wenige kleine und mittelständische Unternehmen von diesem hervorragenden Instrument profitieren können, und zum anderen dazu, was die Staatsregierung einräumt, dass die Bearbeitungszeit teilweise viel zu lang ist. Wenn ich alle sechs Monate die Leute wieder anlernen muss, verzögert das die Bearbeitung.

Darauf ist unser Antrag gefolgt, den Digitalbonus finanziell so auszustatten, dass mindestens 1.000 Anträge pro Monat positiv beschieden werden können. Wir wollen das

Personal entfristen, damit nicht alle sechs Monate neue Leute angelernt werden müssen und sich dadurch die Bearbeitungszeit verlängert.

Herr Minister Aiwanger hat nun angekündigt, dass der Digitalbonus zumindest bis zum Jahr 2023 verlängert wird, wenn auch nicht mit mehr Geld, und dass die Bezirksregierungen mehr Personal zur Bearbeitung bekommen. Das ist ein erster wichtiger Schritt, aber das Finanzvolumen ist immer noch zu gering. Daran hat sich nichts geändert, und die Befristungen sind auch nicht weg. Wenn ich jetzt den Bezirksregierungen wieder lauter Aushilfspersonal gebe, ist das zwar eine kleine Verbesserung, löst aber das grundsätzliche Problem nicht.

Ich möchte noch einmal betonen, dass der Digitalbonus, den wir vor vielen Jahren mit initiiert haben, ein einzigartiges Erfolgsmodell ist. Ich bin froh darüber, dass Herr Minister Aiwanger den Äußerungen des CSU-Kollegen im Ausschuss nicht gefolgt ist, der sinngemäß gesagt hat – ich habe das Protokoll noch nicht –: Jedes Förderprogramm hat einmal ein Ende, und man muss dann etwas Neues überlegen. – Nein, man muss sich hier nichts Neues überlegen, das Programm ist einfach klasse, weil es auch so wenig Bürokratie beinhaltet. Es kann noch optimiert werden. Deshalb mein Appell an CSU und FREIE WÄHLER: Gebt euch einen Ruck und stimmt diesem Antrag dieses Mal zu!

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Walter Nussel, CSU-Fraktion, auf.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorredner haben es sehr positiv dargestellt. Der Digitalbonus ist ein Erfolgsmodell. Ich denke, wir stehen alle dazu, aber wir müssen hier auch "Leitlinien" behalten. Wenn ich dann höre, dass Sie unbefristete Stellen schaffen wollen, was wiederum ein Mehr ist mit Blick auf die Haushalte, zumal wir – der Minister hat es gesagt – nach 2023 nicht wissen, wie es weitergeht, bleibe ich dabei, dass wir die Stellen nicht entfristen wer-

den. Das können wir – so hat es das Erfolgsmodell auch gezeigt – auch weiterhin so stemmen, wie es im Moment auf die Spur gesetzt ist und wie es zum Erfolg gebracht wurde.

Ein Thema, das mich schon umtreibt und das gerade von der FDP angesprochen wurde, ist die Tatsache, dass die Freiberufler – und das ist keine Neiddiskussion, die ich hier anstoßen will –, einen gewissen Vorteil haben, da sie keine Gewerbesteuer zu zahlen haben. Hier will man sie dann wiederum gleichbehandeln. Damit habe ich ein Problem. Durch den Digitalbonus wollen wir in erster Linie die Handwerksbetriebe speziell fördern, also diejenigen Betriebe, die gerade in dem Bereich Nachholbedarf hatten. Die Freiberufler, bei denen der PC und die digitalen Anlagen das "Haupthandwerkszeug" sind, sind sowieso schon ausgestattet, da sie ansonsten nicht arbeiten können. Aber die Handwerksbetriebe, deren Handwerkszeug bisher etwas anderes war, haben jetzt einen riesigen Nachholbedarf. Damit sie ihre Betriebe fortführen können, müssen wir sie massiv unterstützen.

Deswegen finde ich es richtig, wie es bisher gemacht wurde. Wir werden daran festhalten und Ihre Anträge ablehnen. Ich bitte, das zu verstehen. Wir können das gerne noch einmal diskutieren. Ich habe im Ausschuss ausführlich darüber gesprochen, zumal ich dafür auch eine Lanze brechen möchte. Ich denke, wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Den Rahmen dieses Erfolgsmodells Digitalbonus könnten wir vielleicht auch für andere Sachen übernehmen. Frau Karl, Sie haben es angesprochen, das Modell benötigt dankenswerterweise wenig Bürokratie. Ich wünsche mir auch bei anderen Antragstellungen, dass wir die Themen so angehen. Ich hoffe, dass wir hier weiterhin diejenigen stützen, die die Digitalisierung wirklich für ihr Umfeld, für ihre Betriebe benötigen. Das soll nicht heißen, dass es bei den Freiberuflern nicht den einen oder anderen gibt, bei dem das auch gilt. Prozentual gesehen sind diejenigen, für die wir es gemacht haben, weit mehr. Auch die Steuer muss hier berücksichtigt werden. Der Vergleich mit den anderen Bundesländern hinkt hier. Daher bitte ich, diese Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Benjamin Adjei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Digitalbonus ist ein Erfolg bzw. er könnte ein Erfolg sein, wenn er von der Staatsregierung auch wirklich vorangetrieben würde.

Eben wurde es schon angesprochen: Die Unternehmen prügeln sich quasi darum, gefördert zu werden. Sobald das Förderprogramm am Anfang des Monats freigegeben wird, entsteht ein regelrechter Run darauf. Frau Karl hat das schon gesagt. Die Unternehmen versuchen, unter den ersten zu sein, die ihre Daten eingeben, damit sie am Ende auch gefördert werden. Andernfalls müssten sie die nächsten Tage warten und dann wieder diesen Run mitmachen.

Das Problem ist, dass dieses gut angenommene Programm von der Staatsregierung nicht wirklich vorangetrieben wird. Im Ausschuss sind Äußerungen gefallen, dass dieses Programm ohnehin der Vergangenheit angehöre, was ich überhaupt nicht nachvollziehen kann. Ich spreche mit Unternehmen, die das toll finden und frustriert sind, dass sie an dem Programm nicht teilnehmen können und somit nicht gefördert werden. Ich finde es gut, dass dieses Programm jetzt wenigstens fortgeschrieben wird. Das war während der Ausschussdebatte noch nicht klar. Fortgeschrieben heißt aber, dass die Mittel immer noch zu gering sind und deshalb zu wenige Anträge bewilligt werden können. Das zeigt, welche Relevanz die kleinen und mittleren Unternehmen für die Staatsregierung haben. Für die ist eine Förderung essenziell. Wir haben während der Corona-Pandemie gesehen, wie wichtig eine funktionierende Digitalstrategie und eine funktionierende Digitalisierung der Geschäftsprozesse für diese Unternehmen sind.

Einerseits werden große Milliardenbeträge in KI, in Quantencomputing in Blockchain und Ähnliches investiert. Andererseits wird aber nicht überlegt, wie unsere kleinen und

mittleren Unternehmen von der Technologie, die wir entwickeln, profitieren und ihre Geschäftsmodelle entsprechend anpassen können. Hier liegt etwas im Argen. Das ist nicht nachhaltig. Deswegen stimmen wir dem Antrag der SPD natürlich zu. Dieser Antrag ist vollkommen richtig. Die Mittel müssen in ausreichendem Umfang erhöht werden, um diesen Bedarf zu decken.

Kurz zum Antrag der FDP: Die große Herausforderung für die Gewerbetreibenden liegt in der Umstellung der Fertigungsprozesse, der Produktionsprozesse und der Geschäftsmodelle. Diese müssen angepasst werden, sofern sie dem digitalen Zeitalter nicht mehr angemessen sind. Dieses Problem haben die freien Berufe in der Regel nicht. Zwar mag es Ausnahmen geben, diese sind aber nicht die Regel. Wir haben das Problem, dass unser Förderprogramm ohnehin massiv unterfinanziert ist. Wir haben einen Riesenbedarf bei den Gewerbetreibenden, die darauf angewiesen sind, aber ihre Anträge können nicht in ausreichendem Umfang bewilligt werden. Ich finde es deshalb schwierig, das Programm auf die Freiberufler auszuweiten, die in der Regel einen geringeren Bedarf haben. Ausnahmen mag es geben. Wir werden uns deshalb zu diesem Antrag der Stimme enthalten. Die Mittel, die zur Verfügung stehen, sollen dem Mittelstand und den kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Als nächsten Redner rufe ich Herrn Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie von meinen Vorrednern vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD angesprochen: Wir würden gern alles tun. Wir würden wesentlich mehr Anträge bewilligen und Laufzeiten x-fach verlängern, aber das alles muss finanziell hinterlegt werden. Dies darf bei allen Ansprüchen, die heute gestellt werden, nicht vergessen werden. Ich sage Ihnen eines: Wir unterhalten uns hier in Bayern auf einem sehr hohen Niveau. In

anderen Bundesländern gibt es solche Programme überhaupt nicht. Das möchte ich hier einmal deutlich ansprechen.

Das Kriterium, das hier geschaffen worden ist, ist ein wichtiges und entscheidendes Instrument. Über 20.000 Anträge wurden schon bewilligt. Wir alle wissen, dass dieses Programm ausschließlich für kleine und mittlere Gewerbebetriebe ausgelegt worden ist. Die Voraussetzung war immer klar und eindeutig, dass es sich um Gewerbebetriebe im Sinne von § 2 des Gewerbesteuergesetzes handelt. Auch das ist ein klares Kriterium. Das oberste Ziel war eine Verbesserung bestehender Prozesse, Produkte und Dienstleistungen.

Es gibt den Digitalbonus Standard und den Digitalbonus Plus. Das ist bekannt. Beim Digitalbonus Plus fördern wir bis 50.000 Euro. Dem Wirtschaftsminister war es immer wichtig, dass dieses Förderprogramm verlängert wird. Es war nicht einfach, dies haushalterisch zu hinterlegen. Insofern haben wir jetzt eine gute perspektivische Ausrichtung bis zum Jahr 2023.

Damit komme ich zum Antrag der FDP. Auch der Bund lernt von Bayern. Seit dem 7. September gibt es im Bund das Programm "Digital Jetzt". Damit werden auch Freiberufler ab drei Mitarbeitern gefördert und unterstützt. Erkundigen Sie sich bitte! In diesem Programm werden Förderungen von mindestens 40 % ermöglicht, auch für Qualifizierungsmaßnahmen für das Personal. Der Bund hat diese Möglichkeit geschaffen. Warum soll Bayern dies tun, wenn im Bund Fördermöglichkeiten für Freiberufler geschaffen wurden?

Für Freiberufler gibt es außerdem das Bundesprogramm "go-digital". Damit werden Beratungs- und Umsetzungsleistungen bei der Digitalisierung von Geschäftsprozessen gefördert.

Dem SPD-Antrag würden wir gerne zustimmen, wenn Sie uns dafür die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen würden. Wir können das zum heutigen Zeitpunkt nicht finanzieren. Wir müssen deshalb leider beide Anträge ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Für die AfD sind die Interessen der Kleinunternehmer und des Mittelstands von besonderer Bedeutung. Dazu gehören auch die Selbstständigen und Freiberufler. In Bayern gibt es über 900.000 Freiberufler. Sie erwirtschaften einen Umsatz von über 41 Milliarden Euro. Das bedeutet, jeder zehnte Euro in Bayern wird durch Freiberufler umgesetzt. Sie sind damit ein zentraler Motor für das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand in Bayern. Auch als Arbeitgeber spielen sie eine bedeutende Rolle. Sie bilden sogar viele junge Menschen aus. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Die FDP will mit ihrem Antrag den bayerischen Digitalbonus auf Freiberufler ausdehnen, die SPD will die Anzahl der Anträge auf 1.000 erhöhen. Grundsätzlich steht die AfD einer Ausweitung staatlicher Fördergelder und Beihilfen kritisch gegenüber. Jedoch gibt es Ausnahmen. Die staatliche Förderung der Digitalisierung, gerade für kleine Unternehmen, ist wünschenswert. Dadurch wird nämlich das Wachstum und die zukünftige Wertschöpfung im Freistaat gefördert.

Im Wirtschaftsausschuss erklärten die Kollegen von der CSU-Fraktion etwas überraschend, dass eine Ausweitung des Digitalbonus auf Freiberufler nicht notwendig sei, weil die Staatsregierung bei der Digitalisierung bereits viel geleistet habe. Laut dem IfW Kiel ist Bayern im bundesweiten Digitalisierungsindex mit 55 von 100 Punkten jedoch nur Mittelmaß. Im EU-Vergleich liegen sogar wirtschaftlich schwächere Regionen vor Bayern.

Von den 27 EU-Ländern liegen wir beim ultraschnellen Festnetzbreitband auf Platz 19. Beim Mobilfunkbreitband belegen wir Platz 23. Bei der 4G-Abdeckung liegen wir sogar

auf Platz 24. Das Argument der CSU im Wirtschaftsausschuss, dass Freiberufler keinen Anspruch auf den Digitalbonus hätten, weil sie keine Gewerbesteuer zahlten, ist auch nicht nachvollziehbar; denn über die Einkommens- und die Umsatzsteuer tragen auch die Freiberufler erheblich zum Steueraufkommen bei. Sie hätten den Digitalbonus verdient.

Die Regierungsfractionen offenbaren bei der Ablehnung des Antrags Wissenslücken im Bereich der Wirtschaftspolitik. Die aktive Förderung der Digitalisierung des Mittelstands und der Freiberufler ist aus unserer Sicht viel wichtiger als so mancher Schmarrn, der aus dem bayerischen Haushalt finanziert wird. Wir stimmen dem Antrag der FDP zu.

Zum Antrag der SPD: Die Erhöhung der genehmigungsfähigen Anträge macht aus unserer Sicht absolut Sinn. Es ist aber falsch, die befristeten Stellen in feste Planstellen überzuführen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wir werden die Anträge wieder trennen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/7940 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/7102 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben neun Minuten vor 23 Uhr. Ich schlage Ihnen vor, dass wir den nächsten Tagesordnungspunkt nicht mehr aufrufen. Ich möchte gerne eine Aussprache.

(Zurufe)

– Ich weiß. Ich kann gerne eine Abstimmung darüber durchführen. Ich sehe allerdings, dass ich hier im Plenum Wohlwollen bekomme. Damit gehe ich davon aus, dass wir den nächsten Tagesordnungspunkt und die folgenden Tagesordnungspunkte auf das nächste Plenum morgen in acht Tagen verschieben.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und alles Gute. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22:52 Uhr)